

# Avanti <sup>2</sup>

**Theoriebeilage**

„Geballte Faust am  
1. Mai“  
von  
Nicole Mayer-Ahuja

ISO Rhein-Neckar

# GESUNDHEIT STATT PROFITE!



# AGENDA 2030 STOPPEN!

## INHALT

## TITEL

**01 GESUNDHEIT STATT PROFITE**  
Widerstand jetzt

## EDITORIAL / INHALT / KURZ &amp; KNAPP

**02 KAPITALISMUS**  
Kurz & Knapp?

## SEITE DREI

**03 GESUNDHEIT STATT PROFITE**  
Widerstand jetzt

## GESUNDHEITSSCHUTZ

**04 8-STUDENTAG VERTEIDIGEN**  
Taten statt Worte?

**05 „KOSTENFAKTOR“ GESUNDHEIT**  
Legal, illegal, ganz egal

## ARBEITSWELT

**06 1. MAI IN MANNHEIM**  
Wie weiter?

**07 1. MAI IN DER REGION**  
Weinheim und Heidelberg

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*Avanti*<sup>2</sup> befasst sich im Juni mit den Angriffen von Merz/Klingbeil & Kapital. Ihre verdeckte „Agenda 2030“ sieht die Schleifung sozialer und tarifpolitischer Errungenschaften vor. So sollen „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Kriegstüchtigkeit“ gestärkt werden. Die dadurch verstärkte Gefährdung unserer Gesundheit nehmen wir besonders in den Blick. Wir fragen, wie es gelingen kann, die erforderliche Gegenwehr zu entwickeln.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir Nicole Mayer-Ahujas flammenden Appell für Gleichheit, Emanzipation und Solidarität.

Wir hoffen auf Euer Interesse und freuen uns auf ein baldiges Wiedersehen!

*Eure Redaktion*

*Titelbild: DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2026.  
(Foto: Helmut Roos.)*

## INHALT

**08 BETRIEBSRATSWAHLEN 2026 (II)**  
Kratzer im Lack?

## INTERNATIONAL

**09 TRUMPISMUS UND DIE USA**  
Bedrohungen und Gegenwehr

## ISO / IV. INTERNATIONALE

**10 EINE BESSERE WELT IST NÖTIG**  
Sozialismus oder Barbarei?

**11 EIN LEBEN LANG KÄMPFEN (II)**  
Unserer Genossin Bärbel zum 90.

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

**12 8. MAI: NAZIS PROVOZIEREN**  
Protest in Weinheim?

**12 TERMINE**  
Veranstaltungen und Aktionen

## THEORIEBEILAGE

**01 GEBALLTE FAUST AM 1. MAI**  
Eine abweichende Meinung?

## Aufrüstung statt Gesundheit

R. S.

**D**ie „Krankenkassenreform“ sieht Kürzungen in Höhe von 11,2 Mrd. € in 2027 vor. Die Änderungen beinhalten viele Grausamkeiten für die Versicherten, für Patient:innen und Beschäftigte in Gesundheitsberufen aber auch für die gesetzlichen Krankenkassen.

Mit dem neuen Gesetz will sich der Bund weiter aus der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zurückziehen. Der Bundeszuschuss soll bis 2030 um je 2 Mrd. auf 12,5 Mrd. € gekürzt werden. Unter dem Strich sollen laut Berechnung des *Deutschen Ärzteblatts* rund 5 Milliarden € weniger an Bundesmitteln für die Gesetzliche Krankenversicherungen bezahlt werden.

(Quellen: aerzteblatt.de, 28.4.26; FR, 30.4.26.) ■

## Finanzspekulation statt Alterssicherung

R. S.

**D**as „Altersvorsorgereformgesetz“ flankiert die Angriffe auf die gesetzliche Rente. Es sieht als Gewinner Besserverdienende, Aktienbesitzer:innen und die Finanzwirtschaft vor. Es wird die Staatskasse 20 Mrd. Euro jährlich kosten, ohne das Rentenniveau zu erhöhen. Die Versicherten tragen das volle Investitionsrisiko.

Ein Staatsfonds für sozialen Wohnungsbau wäre eine bessere Alternative, meint Frank Hoffer, vormals Ökonom bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Solche Investitionen könnten gleichzeitig eine stabile Rendite garantieren, bezahlbaren Wohnraum finanzieren und Beschäftigung schaffen.

(Quelle: FR, 28.4.26.) ■

# Gesundheit statt Profite Widerstand jetzt

U. D.

**Die Merz-Klingbeil-Regierung hat am 29. April 2026 das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz beschlossen. Für Merz „eine der größten Sozialstaatsreformen der letzten Jahrzehnte“. In Wirklichkeit ist es ein Kürzungsprogramm, das bis 2027 rund 17 Milliarden Euro „einsparen“ soll.**

**D**as deutsche Gesundheitssystem hat im Jahr 2025 rund 580 Mrd. Euro gekostet und gehört damit zu den teuersten der Welt. Laut dem *Public Health Index* des Deutschen Krebsforschungszentrums und des AOK-Bundesverbands belegt Deutschland im europäischen Gesundheitsvergleich trotzdem „nur Rang 17 von 18“. Die jetzige „Reform“ wird an diesem Zustand nichts zum Besseren ändern.

## Geplante Kürzungen

Die „Reform“ greift direkt die Versicherten sowie die Beschäftigten in Kliniken, Pflege und gesetzlichen Krankenkassen an.

Geplant sind unter anderem höhere Zuzahlungen zu Medikamenten und Heilmitteln, Einschränkung der kostenlosen Familienmitversicherung, Teilkrankschreibungen, eine Deckelung der Krankenhaus- und Pflegebudgets, die Festlegung einer Obergrenze für die staatliche Refinanzierung von Tarifierhöhung und eine Begrenzung der Verwaltungskosten der gesetzlichen Krankenkassen.

## Vorhersehbare Folgen

Die Folgen sind vorhersehbar und von der Regierung gewollt. Wenn dem System weniger Geld zur Verfügung steht, führt dies unmittelbar zu weiteren Leistungskürzungen der gesetzlichen Kassen. Die Kürzungen im Krankenhausbereich führen zu schlechteren Arbeitsbedingungen, weniger Personal und bedrohen die Existenz der Krankenhäuser.

Höhere Zuzahlungen zu Medikamenten treffen insbesondere chronisch Kranke, Menschen mit niedrigem Einkommen, Rentner:innen und Arme. Die Kürzungen im ambulanten Bereich werden die Suche nach Hausärzten und Fachärzten weiter erschweren. Die geplante Teilkrankschreibung soll Erkrankte früher zurück an den Arbeitsplatz drängen, um so Ausfalltage und Krankengeldzahlungen zu reduzieren.

## „Reform“ für Profite statt für Gesundheit

Die „Gesundheitsreform“ ist Teil des Generalangriffs auf die sozialen Sicherungssysteme zu Lasten der arbeitenden Klasse. Politiker wie Merz, Klingbeil & Co betrachten Gesundheit nicht als Menschenrecht und als gesellschaftliche Aufgabe, sondern als Kostenfaktor. Sie wollen das Gesundheitssystem weiter „marktkonform“ zurichten.

Auch wenn sie es nicht offen aussprechen, die gesetzliche Krankenversicherung soll wie die Rente und die Pflege nur noch eine Grundsicherung sein. Wer „mehr“ und „besseres“ will, soll zahlen. Mit dieser Politik sorgen sie dafür, dass das Gesundheitssystem für das Kapital weiterhin eine gut geschmierte Profitmaschine und ein sicheres Anlagefeld bleibt.

Die Pharmabranche hat im Jahre 2025 allein in Deutschland mit Arzneimitteln 58,5 Milliarden Euro umgesetzt. Die Pharmaindustrie erzielt aufgrund ihrer Marktmacht und ihren Interessen dienender Gesetze enorme Profite.

Immer mehr Arztpraxen und Krankenhäuser werden von „Investoren“ übernommen. Diesen geht es nicht um eine gute Versorgung, sondern um hohe Profite. Durch die „Reform“ steigt der Kostendruck auf Krankenhäuser, Pflegeheime und Arztpraxen und damit auch der Zwang, zu verkaufen.

Die privaten Krankenversicherer profitieren von den geplanten Kürzungen. Denn wenn die gesetzlichen Krankenkassen weniger Leistungen anbieten, dann schließen mehr Menschen Krankenzusatzversicherungen ab.

## Jetzt den Widerstand organisieren

Gegen die „Gesundheitsreform“ von Merz, Klingbeil & Co ist die gemeinsame Gegenwehr notwendig. Ein erster Schritt ist die solidarische Unterstützung der von ver.di durchgeführten Aktionen an den Krankenhäusern und die Beteiligung an der von ver.di geplanten Demonstration vor der Gesundheitsministerkonferenz am 10. Juni 2026 in Hannover.

Bislang reagieren die Führungen der anderen Gewerkschaften auf diesen Angriff nur mit schwachen Worten, „Gesprächsbereitschaft“ oder schweigen, anstatt massenhaft Protest und Gegenwehr in den Betrieben und auf der Straße zu organisieren.

Umso wichtiger ist es, dass wir selbst überall dort, wo wir leben, lernen und arbeiten aktiv und solidarisch den Widerstand organisieren.

Keine Profite auf Kosten unserer Gesundheit! ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2018.

Foto: Avanti².

# 8-Studentag verteidigen Taten statt Worte!

J. J.

**Die Merz-Klingbeil-Regierung, Kapitalverbände, unternehmensorientierte Wirtschaftswissenschaftler und mediale Scharfmacher wollen den 8-Studentag abschaffen. Damit greifen sie eine historische Errungenschaft der Arbeiterbewegung an. Dabei geht es um die Frage, was wichtiger ist: Ihre Profite oder unser Leben.**

**B**ereits 1817 forderte der Unternehmer und Frühsozialist Robert Owen den 8-Studentag. Sein Motto war „8-Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Schlaf“.

In Deutschland dauerte es noch hundert Jahre bis der 8-Studentag allgemeinverbindlich war. Denn erst mit der Novemberrevolution vom 9. November 1918 konnte die Arbeiterklasse den 8-Studentag durchsetzen.

Aber von Anfang an bekämpfte das Kapital den 8-Studentag. Bereits im Dezember 1923 gelang es ihm, den 10-Studentag wieder durchzusetzen. Heute schreibt das gültige Arbeitszeitgesetz zwar den 8-Studentag vor, lässt aber zahlreiche Ausnahmen zu. So sind unter Beachtung von Ausgleichszeiträumen immer noch 10-Studentage möglich.

## Flexibel für Profite

Dauer und Lage der Arbeitszeit sind zentrale Aspekte bei der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Das Kapital möchte darüber alleine und ohne gesetzliche Grenzen entscheiden. Jahrzehntelang wurde das durch Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen verhindert. Doch inzwischen können weniger als 50 % der Beschäftigten einen Tarifvertrag in Anspruch nehmen. Tendenz weiter sinkend.

Hinzu kommt die Digitalisierung. Mit ihr wurden „neue“, noch profitablere Arbeitsprozesse möglich. Jetzt wollte das Kapital die Produktion zeit- und bedarfsgenau, „just-in-time“, planen. Dazu mussten auch Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten flexibilisiert werden. Gelungen ist das unter anderem mit Leiharbeit, Outsourcing, Befristungen, Schichtarbeit, Überstunden, Zeitkonten, Arbeitszeitkorridoren und „Homeoffice“. Statt dagegen die Gegenwehr zu organisieren, hat die Mehrheit der

Gewerkschaften und Betriebsräte diese Flexibilisierung „standortpolitisch“ akzeptiert und „geregelt“.

## Lange Arbeitszeiten machen krank

BlackRock-Kanzler Merz wiederholt bei jeder Gelegenheit, „die Deutschen“ müssten wieder mehr und länger arbeiten. Was er dabei bewusst verschweigt:

- 2024 wurden rund 1,2 Mrd. Überstunden gearbeitet, mehr als die Hälfte unbezahlt. Viele Überstunden werden nicht erfasst.
- Auf Gleitzeit- und Kurzzeitkonten stehen rund 500 Mio. Stunden.
- 5 Mio. Menschen haben einen Nebenjob, viele davon, um über die Runden zu kommen.
- Rund 4 Mrd. Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeit werden ehrenamtlich geleistet.
- 117 Milliarden Stunden „privater“ Sorgearbeit werden unbezahlt geleistet, allein 72 Milliarden von Frauen.

Fremdbestimmte, flexible und lange Arbeitszeiten bezahlen Beschäftigte mit ihrer Gesundheit. Bereits ab 45 Stunden pro Woche erhöht sich das Risiko, an einem Schlaganfall zu sterben, um 35 %. Weltweit sterben jährlich Hunderttausende an den Folgen von Überarbeitung. Tägliche Arbeitszeiten über 8 Stunden lassen das Unfallrisiko massiv ansteigen.

Schichtgebundene Arbeitszeiten erhöhen das Risiko, an Depression und Burn-Out zu erkranken. Sie führen unter anderem zu Schlafstörungen.

Die zunehmende Entgrenzung von Freizeit und Arbeitszeit verhindert ausreichende Ruhephasen und erhöht die Gefahr psychischer Erkrankungen.

## Taten statt Worte!

Die aktuellen Angriffe auf den 8-Studentag von Regierung und Kapital finden auf allen gesellschaftlichen Ebenen statt. Um dagegen zu halten, sind sofort konsequente und entschlossene gewerkschaftliche Aktionen notwendig. Doch die Gewerkschaftsführungen reagieren bisher nur mit Worten und setzen auf Verhandlungen. Sie haben zwar Widerstand angekündigt, aber außer einer kraftlosen Kampagne „Mit Macht für die 8!“ ist bislang nichts passiert.

Es bleibt keine Zeit, auf die Gewerkschaftsspitzen zu warten. Beschäftigte, Vertrauensleute und Betriebsräte müssen jetzt aktiv werden und Aktionen durchführen.

In den Gewerkschaften muss versucht werden, Mehrheiten für sofortige Gegenwehr und Streiks zu gewinnen. Nur wenn den Worten Taten folgen, kann der Angriff auf den 8-Studentag erfolgreich abgewehrt werden. Warten wir nicht ab, sondern nehmen wir es selbst in die Hand. ■



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2026.

Foto: Helmut Roos.

# Arbeitswelt: Gesundheit als „Kostenfaktor“? Gesundheitsschutz erkämpfen!

M. G.

„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“ So definierte es 1946 die Weltgesundheitsorganisation, als die Erinnerungen an die Verbrechen des Faschismus, des Stalinismus und des „demokratischen“ Imperialismus noch frisch waren.

**O**bwohl sich seitdem das Wissen über Schutz von Gesundheit und Vermeidung/Bekämpfung von Krankheiten enorm vervielfacht hat, glaubt man sich angesichts der Zustände in der Arbeitswelt in einem Tollhaus zu befinden.

## „Gier zerfrisst Gehirne“

Schon der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem in der *Zeit* vom 11.11.2004 veröffentlichten „Wutanfall“ festgestellt: „In der globalen Wirtschaft herrscht die pure Anarchie. Die Gier zerfrisst den Herrschern ihre Gehirne.“

Es fällt schwer, dem früheren Jesuitenzögling Geißler zu widersprechen. Führende Kapitalistenvertreter wie Dulger und ihre politischen Handlanger in der Bundesregierung Merz/Klingbeil verfolgen die Agenda der Superreichen. Deren Ziel ist, wie der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) treffend formuliert hat, „reicher werden, die Macht ergreifen und niemals ... zur Rechenschaft gezogen werden ... Demokratie, Gesetze und Arbeitnehmerrechte sind Hindernisse, die wir biegen oder zerstören müssen, um zu bekommen, was wir wollen.“

In diesem Sinn höhlen sie tagtäglich unsere Grundrechte aus. Artikel 1 (1) GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“? Nein, die Höhe der Profite ist unantastbar! Artikel 2 (2) GG: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Nein, Gesundheit ist ein Kostenfaktor!

## „Gesundheitsreform“ statt Gesundheit

Mit ihrer „Gesundheitsreform“ will die Regierung unter anderem rund 20 Mrd. € im Jahr 2027 „einsparen“ – sprich zu Lasten vor allem der Versicherten und der Beschäftigten im Gesundheitswesen kürzen. Angeblich soll so das Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) reduziert werden. Sicherlich ist da Lobbyismus und zynische Handlangerpolitik für Wirtschaftsinteressen mit im Spiel. Aber es zeigt auch die Verkommenheit, Verblödung und Ignoranz einer karrierefixierten Berufspolitik auf.

Wer glaubt, solche Aussagen seien platte Polemik, den wollen wir zu einem Kurztrip einladen. Unser Reiseziel ist die obscure Welt des Gesundheitsschutzes in der Arbeitswelt.

Jedes Jahr veröffentlicht die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) einen Bericht über „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ (SuGA). Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermittelt diesen dann nach § 25 SGB VII an Bundestag und Bundesrat.

## 2.340 arbeitsbedingte Todesfälle in 2024

Im aktuellen SuGA 2024 sind interessante Zahlen zu finden. In diesem Jahr wurden 104.468 Berufskrankheiten (BK) angezeigt, jedoch nur 29.306 (28 %) anerkannt. Das bedeutet, dass die Kos-

ten für die nicht anerkannten BK von den GKV übernommen werden.

In 2024 wurden zudem 1.900 Todesfälle aufgrund von Berufserkrankungen plus 440 tödliche Arbeitsunfälle registriert.

Die Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaften/BG) haben nach vorläufigen Ergebnissen wegen – oft vermeidbarer – Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen 19,7 Mrd. € aufwenden müssen.

Die Plattform „FragDenStaat“ bat den GKV-Spitzenverband mit Schreiben vom 16. Oktober 2024 „um Übersendung einer Aufstellung der Kosten ... arbeitsbedingter Erkrankungen in Deutschland für die letzten 10 Jahre“. Die Antwort: „Leider können wir Ihnen eine solche Aufstellung nicht zur Verfügung stellen.“ Die gleichlautende Anfrage an die BAuA vom 19.10.24 blieb ebenfalls im Vagen.

## Legal, illegal, ganz egal

Die massiv zunehmenden arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen werden von den BG jedoch nicht entschädigt, da diese im Unterschied zu Skandinavien durch die Blockadepolitik der Kapitaleseite immer noch nicht in den Katalog der Berufskrankheiten aufgenommen worden sind.

Es ist davon auszugehen, dass dadurch und die geringe Anerkennungsquote von BK der GKV und ihren Beitragszahler:innen Kosten von rund 100 Mrd. € pro Jahr entstehen, die eigentlich von den BG und letztlich den Unternehmen bezahlt werden müssten.

Der Skandal in diesem Skandal ist, dass das seit 1996 geltende Arbeitsschutzgesetz Firmen zu einem vorbeugenden ganzheitlichen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz mit dokumentierten Gefährdungsbeurteilungen verpflichtet. Laut Bundesregierung soll das in 68 % der Unternehmen der Fall sein. Fachleute bezweifeln diese Angaben. ■



Vorhut des Arbeiter:innenschutzes bei Alstom Power Mannheim.

# Erster Mai in Mannheim

## „Erst unsere Jobs, dann eure Profite“?

E. B.

**Mindestens 2.500 Kolleg:innen waren dem Aufruf des DGB Mannheim zur Demo am 1. Mai 2026 gefolgt. Das waren mehr als doppelt so viele wie im letzten Jahr.**

**S**tatt auf dem traditionell genutzten Mannheimer Marktplatz fand dieses Mal die DGB-Feier erstmals auf dem Alten Meßplatz statt. Zumindest hat diese Verlegung der dort gestarteten Demo gutgetan. Sie führte durch die belebte Mannheimer Neckarstadt. Ein Zwischenstopp vor der nahegelegenen Eichbaumbrauerei brachte die Solidarität mit der von Arbeitslosigkeit bedrohten Belegschaft zum Ausdruck. Danach ging es zurück zum Alten Meßplatz.



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2026.

Foto: Helmut Roos.

Auch das Format der dort abgehaltenen Kundgebung enthielt Neuerungen. Erstmals gab es keine Hauptrede. Ausschließlich betrieblich und gewerkschaftlich Aktive bestritten das bunte Programm. Zentrale Themen waren die Verteidigung von Arbeitsplätzen, der Kampf um gute Arbeitsbedingungen und die Abwehr der Angriffe von Kapital und Regierung auf Arbeitszeit und soziale Sicherungssysteme.

Nach dem Auftakt mit Betriebsräten von Benz, Roche, Pepperl+Fuchs und John Deere kamen die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Stadt Mannheim und die Geschäftsführerin von



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2026.

Foto: Helmut Roos.

ver.di Rhein-Neckar zu Wort. Ein kapitalismuskritisches Bühnenstück der Gewerkschaftsjugend trug wesentlich zum Erfolg der Kundgebung bei. Zum Abschluss informierten Kolleg:innen der GEW, der IG BCE, der IG BAU sowie des Überbetrieblichen Solikomitees über den zunehmenden Klassenkampf von oben.



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2026.

Foto: Helmut Roos.

Der DGB-Kreisvorsitzende Ralf Heller moderierte in gewohnt entspannter Manier gemeinsam mit seiner Stellvertreterin Sabine Leber-Hoischen das Programm. Zahlreiche Info- und Imbiss-Stände umrahmten den Kundgebungsplatz.

Kritisch anzumerken sind allerdings mindestens zwei Punkte. Erstens trug die unpassende „musikalische“ Beschallung der ansonsten gut gelungenen Veranstaltung nicht zur Wiederbelebung einer widerständigen Gewerkschaftskultur bei. Und zweitens startete erneut noch während der DGB-Kundgebung die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ und spaltete die gemeinsame Aktion. Politisches Sektierertum führt im Kampf für gewerkschaftliche Widerständigkeit nicht zum Erfolg.

Link und QR zum DGB-Video zum 1. Mai in Mannheim:  
<https://youtu.be/7C10KjFp73M?is=5FhVKy0qtFNL6kt6>



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2026.

Foto: Helmut Roos.

# 1. Mai-Kundgebung in Weinheim „Gewerkschaften müssen kämpfen“

O. T.

Die 1. Mai-Kundgebung des DGB in Weinheim fand wie schon in den Jahren zuvor auf dem Gelände des Minigolfplatzes an der Waidallee statt. Rund 100 Kolleg:innen waren dem Aufruf des DGB und der IGBCE Ortsgruppe Weinheim gefolgt.

**H**auptrednerin war die Göttinger Soziologieprofessorin Nicole Mayer-Ahuja. Ihre sehr fundierten und mit viel Beifall bedachten Ausführungen geben wir in der Theoriebeilage dieser *Avanti*<sup>2</sup> wieder. Die Gruppe IG POP umrahmte mit einer modernen Interpretation alter Arbeiterlieder gekonnt diese außergewöhnliche Veranstaltung, die nicht nur wegen ihres besonders hohen inhaltlichen Niveaus von den Anwesenden als wirklich gelungen betrachtet wurde.

In seiner Eröffnungsansprache thematisierte der Vorsitzende der Ortsgruppe Weinheim, Helmut Schmitt, die aktuellen sozialen Angriffe der Bundesregierung auf Arbeitszeit, Gesundheit, Pflege und Rente: „Was hier als Reform und Stabilisierung verkauft wird, ist in Wahrheit eine Kampfansage an die Beschäftigten, Versicherten und Kranken.“

Der Vorsitzende der IGBCE Weinheim verwies auch auf die enorm wachsende Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen weniger Multimilliardäre wie Musk oder Thiel. Diese nutzen skrupellos ihre Kapitalmacht zur Kontrolle von Politik, Wirtschaft und Medien. Nicht zuletzt bekämpfen sie gleichzeitig die Gewerkschaften.

Statt von einer „Sozialpartnerschaft“ zu träumen, müssen sich die Gewerkschaften laut Schmitt wieder auf ihre Traditionen als

kämpferische Gegenmacht besinnen und nicht zuletzt die von der Willkür des fortwirkenden faschistischen Arbeitsunrechts betroffenen Kolleginnen und Kollegen wirksam schützen. ■



DGB-Kundgebung in Weinheim, 1. Mai 2026. Foto: IGBCE-OG Weinheim.

## Heidelberg: 8-Studentag verteidigen!

A. N.

In Heidelberg demonstrierten etwa 1.200 Gewerkschafter:innen und Aktivist:innen am 1. Mai für bessere Arbeitsbedingungen und gegen die Angriffe auf ihre hart erkämpften Arbeitsrechte. Das waren wesentlich mehr als in den vorigen Jahren.

**B**esonders im Fokus stand dabei der 8-Studentag, der verteidigt werden muss. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich wurde leider nur von Einzelnen gefordert. Dabei ist sie doch bei der hohen Arbeitslosigkeit, der Überlastung der Beschäftigten in allen Bereichen und der vielen klima- und menscherstörenden Produktionen nur logisch. Ohne auf eine solche konkrete Forderung einzugehen, stellte jedoch ein großer kämpferischer Teil der Demonstration die kapitalistische Wirtschaft in Frage. ■



DGB-Demo in Heidelberg, 1. Mai 2026.

Foto: A. N.

# Betriebsratswahlen 2026

## Noch mehr Kratzer im Lack? (II)\*

H. N.

**Neben der Schwächung vor allem von IGM-Listen in Hochburgen der Auto- und Zulieferindustrie haben wir bei den nun zu Ende gegangenen BR-Wahlen eine merkliche Zunahme offen oder verdeckt antretender rechter Listen feststellen müssen (vgl. *Avanti*<sup>2</sup> Nr. 141). Der entscheidende Fakt ist jedoch ein anderer.**

**L**aut den aktuellen Zahlen gibt es nur noch in knapp 10 % der Firmen Betriebsräte. Sie vertreten etwa 40 % der Beschäftigten. Das ist Ergebnis einer strategischen, sich verschärfenden Kampagne der Kapitaleseite gegen das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG).

Der bekannteste Fall Tesla Grünheide (vgl. *Avanti*<sup>2</sup> Nr. 140) ist nur die Spitze des Eisbergs. In zahllosen kleinen, mittleren oder großen Betrieben führt eine Mischung aus Unwissenheit, Passivität und Mutlosigkeit dazu, dass Beschäftigte ihre verbrieften Rechte aus dem BetrVG nicht wahrnehmen.

### Legal, illegal, ganz egal

Seitens des Kapitals findet zudem eine ganze Palette illegaler Maßnahmen Anwendung, die systematisches Betriebsratsmobbing vorantreiben. Das fängt bei der Bekämpfung der Neugründung von Betriebsräten an. In etwa jedem fünften Falle versuchen Bosse, von vorneherein die Wahl eines BR zu verhindern.

Nennen wir nur einige aktuelle Beispiele. Bei Scheu-Dental (Iserlohn/Limburg) bekämpfte die Firmenleitung massiv die Bildung eines Wahlvorstands. Kurz vor der angekündigten Wahlversammlung hielt das Management eine eigene „Informations-

veranstaltung“ ab und schüchterte Wahl-Initiator:innen ein.

Die Autovermietung Sixt kündigte Ende Februar 2026 drei Beschäftigten „außerordentlich und fristlos aus wichtigem Grund“. Ihr „Vergehen“: Sie hatten einen Aufruf zu einer Wahlversammlung verfasst, in der Flensburger Filiale ausgehängt und an die weiteren Niederlassungen in Schleswig-Holstein verschickt. Eine arbeitsgerichtliche Entscheidung steht noch aus. Die zuständige Gewerkschaft ver.di hat Strafanzeige gegen verantwortliche Sixt-Manager gestellt.

Erfolgreich wurden hingegen die von fünf Kündigungen begleiteten Attacken der Firmenleitung des Autozulieferer Paragon (Landsberg/Lech) juristisch gestoppt. Mit einer Gerichtsvollzieherin und dem IGM-Betriebsbetreuer als Begleitung konnte der Initiator der BR-Wahlen Samir A. sich wieder Zugang zum Betrieb verschaffen, um BR-Wahlen am 22. April 2026 zu ermöglichen. Deren Ergebnis ist allerdings bisher nicht öffentlich bekannt.

### Raues und grobes Auftrumpfen

Besonders raue Methoden wendete im Vorfeld der BR-Wahlen ein Bus-Unternehmen in der Rhein-Neckar-Region an. Mittels einer offenkundig betrügerischen Insolvenz entledigte es sich der meisten Beschäftigten, des Betriebsrats und der Tarifbindung.

Beim Maschinenbau-Konzern Trumpf (Ditzingen) sahen sich engagierte IGM-Kolleg:innen schon früh im Vorfeld der BR-Wahlen massiven Einschüchterungen ausgesetzt. Mit Abmahnungen, Diffamierungen und aggressiver antigewerkschaftlicher Stimmungsmache konnte die Geschäftsleitung eine schwere Niederlage der IGM-Listen herbeiführen. Die offenkundig gesetzeswidrige Durchführung des „Wahlvorgangs“ selbst ist bezeichnend für die Skru-

pellosigkeit in diesem „Vorzeigeunternehmen“. Drei kleinere Wahllokale waren nur für zwei Stunden, das größere mitten in der Kantine – zudem während der Essenausgabe – für lediglich fünf Stunden geöffnet. Die Wahlkabinen konnten vom Eingang, von den Fenstern und von der Galerie aus eingesehen werden.

### Skandal bei Siemens Energy

Noch skandalöser waren die Vorgänge bei einem weiteren deutschen „Weltkonzern“. Bei Siemens Energy (Erlangen) erregte das Mobbing gegen die Betriebsrätin Isabella Paape sogar öffentliches Aufsehen.

Bereits im November 2025 kündigte der Konzern der aktiven IGM-Gewerkschafterin fristlos und erteilte ihr ein Hausverbot. Gerechtfertigt wurde dieses existenzgefährdende Vorgehen mit konstruierten Vorwürfen. Die BR-Mehrheit stimmte dieser offensichtlich unberechtigten Kündigung zu und machte sich zum Handlanger des Managements.

Per Gericht erstritt sich Kollegin Paape den Zugang zum Betrieb, um Wahlwerbung betreiben zu können. Bei der Wahl am 5. März 2026 errang ihre Liste „Gemeinsam AKTIV“ trotz der Konzernmachenschaften statt bisher zwei nun drei Sitze. Sechs Wochen nach diesem Erfolg erklärte das Arbeitsgericht Nürnberg die fristlose Kündigung Isabella Paapes endlich für unwirksam.

### Ein notwendiges Fazit

In weiten Teilen der Arbeitswelt breitet sich der Klassenkampf von oben immer radikaler aus. Die Vorgänge im Zusammenhang mit den BR-Wahlen 2026 senden Alarmsignale aus. Gewerkschaftlich und betrieblich Aktive müssen sie erkennen, um den Widerstand gegen die Kapitaloffensive innerhalb und außerhalb der Unternehmen erfolgreich organisieren zu können. ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2026.

# „Trump, Trumpismus und die USA Welche Bedrohungen, welche Gegenwehr?“

R. G.

**Dies war das Thema der gut besuchten Veranstaltung, die das Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ am 22.5.2026 im Mannheimer DGB-Jugendraum durchführte. Referent war der US-Historiker, Autor und sozialistische Aktivist Paul Le Blanc. Unterstützt wurde der Infoabend von zahlreichen Gruppierungen, darunter der ISO Rhein-Neckar.**

**L**e Blanc wurde 1947 in Pennsylvania (USA) geboren. Seine Eltern waren gewerkschaftliche Aktivisten. Er studierte Geschichte und Philosophie. Unter anderem war er gegen den Vietnamkrieg und in der Mittelamerika-Solidarität aktiv. Seit vielen Jahrzehnten ist er sozialistisch organisiert.

Lebhaft und in klarer Sprache beschrieb Le Blanc die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den USA, den Trumpismus und den breiten Widerstand gegen Trump. Interessant und verblüffend zugleich war dabei, wie ähnlich – trotz aller Unterschiede – die Entwicklung in Deutschland ist.

## Krisen, Chaos und Rechtsruck

Le Blanc beschreibt die aktuelle Weltlage als eine Phase des Übergangs, die durch Krisen, Chaos und Zerfall geprägt ist. In dieser Phase verstärkt der globale Kapitalismus immer mehr die Ungleichheit und die „Zerstörungskräfte, die die Zukunft menschlicher Zivilisation in Frage stellen“.

Wie in vielen anderen Ländern gibt es auch in den USA einen massiven Rechtsruck innerhalb bedeutender Teile der herrschenden Klasse sowie in Teilen der breiten Bevölkerung. Zudem hat das alte politische Establishment – die Demokraten und die Republikaner – seine Glaubwürdigkeit verspielt.

Auch die US-amerikanische Arbeiterbewegung befindet sich in einer tiefen Krise. Sie ist zu oft eine bürokratische Hülle und unfähig, „den Arbeitenden zu helfen“. Damit verbunden ist die Krise der politischen Linken. Deren Hauptströmungen, die Sozialdemokratie und die stalinistische KP, sind eng mit der demokratischen Partei verbunden. Die unabhängige Linke ist zersplittert, hat zum Teil resigniert und konnte kaum neue Generationen gewinnen. Trump konnte all dies für sich nutzen, um große Teile der Bevölkerung und der herrschenden Klasse anzuziehen.

## Trump und der Trumpismus?

Für Le Blanc ist der Trumpismus durch mehrere Elemente gekennzeichnet. Eines ist bewaffnet und gewalttätig. Es besteht aus Rassisten, Faschisten und Teilen der Make-America-Great-Again-Bewegung. Ein weiteres ist der christliche Nationalismus. Schließlich gibt es die Rechtskonservativen um das Project 2025 der Heritage Foundation. Deren Ziel ist ein entfesselter Kapitalismus, der durch ein zentralistisch-autoritäres Regime abgesichert wird.

Le Blanc geht davon aus, dass es den Trumpismus – unabhängig von Trump – noch länger geben wird. Um ihn zu bekämpfen ist es wichtig, ihn zu analysieren und zu verstehen. Dabei wird er oft als faschistisch charakterisiert. Doch diese Analyse hält Le Blanc für falsch. Schließlich gibt es immer noch Raum für Widerstand und viele Kräfte stellen sich Trump entgegen – auch solche, die nicht zur politischen Linken gehören.

## Widerstand gegen Trump

Seit dem Jahr 2025 gibt es eine Welle von Protesten gegen Trumps Politik. Darunter die großen „Hands-off“- und „No-Kings“-Demonstrationen. Diese Massenaktionen haben sich bis ins Frühjahr 2026 fortgesetzt. In Los Angeles, Minneapolis und anderen Städten konnten sie Trumps Versuch, den Widerstand mit Gewalt einzuschüchtern, erfolgreich bekämpfen.

Bei diesen Protesten waren auch gemäßigte und konservative Kräfte beteiligt. Le Blanc ist davon überzeugt, dass in diesem Fall die politische Linke auch mit diesen Kräften zusammenarbeiten soll. Aber sie muss bereit sein, über die politischen Ziele dieser Kräfte hinauszugehen. Denn diese sind letztendlich Teil des Problems und haben mit ihrer Politik Trumps Erfolg erst möglich gemacht.

## Es gibt Hoffnung

Le Blancs Vortrag bot für die vierzig Teilnehmenden reichlich Stoff und Anregung. So wurden in der Diskussion unterschiedliche Themen angesprochen. Zum Beispiel ob es in den USA auf der Linken charismatische Führungspersonen gibt, welche Chancen sozialistische Positionen haben oder wie der Trumpismus überwunden werden kann.

Leider fehlte die Zeit, alle Themen vertiefend zu diskutieren. Dennoch gelang es Paul Le Blanc, eines deutlich zu machen: Es gibt Hoffnung – auch in den USA. Neue Generationen und Schichten radikalisieren und organisieren sich – ihm zufolge – vor allem in den Democratic Socialists of America. Sie suchen nach ihrem Weg. Die alten sozialistischen Aktivist:innen sollten ihnen zuhören und ihnen ihre Erfahrungen und ihr Wissen anbieten. ■



Veranstaltung mit Paul Le Blanc (li.) in Mannheim, 22. Mai 2026.

# Eine bessere Welt ist nötig

## Starkes Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar

B. N.

„Sozialismus oder Barbarei?“ – Diese Frage stellten wir uns bei unserem Frühjahrsseminar am 25. April 2026 in Mannheim.

**W**ir begannen mit der Barbarei: Wie vielfältig sie sich doch in allen möglichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausdrückt. Der Referent des ersten Blocks charakterisierte die aktuelle barbarisch-politische Lage als Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche. In ihr verstärken sich eine Vielzahl an Krisen gegenseitig. Ökonomische Krise und soziale Ungleichheit, Klimakatastrophe und Naturzerstörung, Ausbeutung von Mensch und Natur, Entfremdung im Konsumismus, kulturelle Verarmung, Kriege und geopolitische Konflikte.

### Spaltung und Konzentration von Macht

Verschärft werden diese Krisen durch die politischen Verbindungen mit der autoritären bis faschistischen Rechten. Sie antworten darauf mit einer weiteren Vereinzelung und Entsolidarisierung im Neoliberalismus oder Autoritarismus, mit Spaltung und Herrschaft mithilfe von Rassismus und Frauenfeindlichkeit, mit Sozialabbau und Angriffen auf die arbeitende Klasse und ihre Organisationen.

Die enorme Anhäufung von Reichtum bei einem winzigen Bruchteil der Menschheit verleiht diesem eine enorme Macht, nicht zuletzt durch Tech-Konzerne. Sie beeinflussen nicht nur extrem die Meinungsbildung, sondern übernehmen durch ihre Überwachungs- und Kriegstechniken auch die Kontrolle über einzelne Menschen, ganze Bevölkerungsgruppen und Staaten in kriegerischen Auseinandersetzungen.

Den Kopf in den Sand stecken ist keine Option. Glücklicherweise hatten wir nach diesem eher deprimierenden ersten Se-

minar-Teil ja noch unseren Sozialismus-Block geplant, der uns wieder Hoffnung schöpfen ließ. Diesmal hörten wir kein Referat, sondern erbauten uns gemeinsam unsere Vision von einer sozialistischen Welt – jedoch nicht als Luftschloss, sondern als Vorstellung davon, wie ein revolutionärer Übergang aussehen könnte.

### Unsere Vision und unser Weg

Wie kann eine sozialistische Gesellschaft aussehen, wie ihre Politik und ihre Wirtschaft? Wir stießen dabei auf große Begriffe wie Planwirtschaft, Räteökonomie oder Selbstorganisation. Inspiriert vom *Ökosozialistischen Manifest* der IV. Internationale fanden wir Konkretisierungen, in welchen Kämpfen sich auf eine sozialistische Gesellschaft hinwirken lässt. Kämpfe um die Vergesellschaftung von Betrieben, von Gemeingütern und öffentlichen Diensten geben einen Ausblick. Sie deuten die Möglichkeiten an, die entstehen, wenn die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion nicht mehr von den Profitinteressen einzelner Superreicher abhängig sind, sondern in demokratischer Weise nach den Bedürfnissen der Beteiligten geplant wird.

In unserer Kooperation wurde uns auch die Bedeutung zwischenmenschlicher und emotional-psychischer Merkmale immer bewusster, die in linken und sozialistischen Kontexten gerne mal „vergessen“ werden: Empathie, Mut, Respekt, Solidarität und Liebe gehören zur sozialistischen Bewegung ebenso wie Arbeitskampf, Generalstreik und Revolution.

### Unsere Klasse stärken

Intensiv setzten wir uns mit dem Begriff der Arbeit auseinander. Die entfremdete Arbeit im Kapitalismus wird nicht aus der direkten Notwendigkeit heraus verrichtet, sondern vermittelt durch den finanziellen Zwang, sich selbst einen Lohn und dem Herrn (dem Kapitalisten) den maximalen Profit zu erwirtschaften. Was ist dagegen „gute“ Arbeit? Sie ist gesellschaftlich sinnvoll und ermöglicht Tätigkeiten, die den Menschen in einer Gesellschaft ein erfülltes Leben ermöglichen. Und sie ist selbstbestimmt und solidarisch.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen – im Hier und Jetzt. Natürlich mit dem Ziel einer demokratisch nach Bedarfen geplanten Wirtschaft, womit wir die Verbindung zu den „großen Begriffen“ am Anfang unserer Auseinandersetzung herstellen konnten.

So viele Ideen und Möglichkeiten – nun sind sie „nur noch“ umzusetzen. Unser Frühjahrsseminar empfanden wir dabei als eine wahre Stärkung und Ermutigung. Manchmal tut es in diesen Zeiten doch gut, sich daran zu erinnern, wie anders unser Leben in der Gesellschaft doch sein könnte. Zumindest können wir unseren kleinen Teil dazu beitragen, uns von der Barbarei zu entfernen und uns dem Sozialismus zu nähern. ■



Stichworte unserer Seminardiskussion, 25. April 2026.

Foto: B. N.

# Links! Links! Links! (II)\*

B. S.

**Im zweiten Teil des Artikels zu Werken aus der frühen Sowjetzeit geht es um Literatur, die näher am Alltag der Menschen ist.**

**F**jodor Panfjorow (1896-1960) schreibt mit seinem Roman *Die Genossenschaft der Habenichtse* – im Russischen einfach „Bruski“ nach dem Namen des bearbeiteten Brachlandes – 1928 eine Dorfgeschichte in der Umbruchzeit. Er zeigt die Schwierigkeiten bei der Überwindung der Missgunst und des Konkurrenzdenkens der Einzelbauern, die ihr Eigentum hüten. Dem stellt er das Beispiel der kollektiv arbeitenden Habenichtse entgegen.

Deren Arbeit wird vom technischen Fortschritt, einem Traktor, unterstützt. Ihre eigentliche Kraft aber besteht im Kollektiv! Auch im gemeinsamen Gesang!

Bei der Kultivierung des Brachlandes muss ein Graben gezogen werden. Jugendliche stimmen ein Lied an, in das einer „mit seinem hellen Tenor“ einstimmt, so „daß alle einen Augenblick still wurden, dann lachten und noch kräftiger in das Lied einstimmten. ... Dann brach das Lied irgendwie ganz von selbst ab. Es verstummte, und man hörte nur den schweren rhythmischen Atem der Menge, das Klirren der Spaten ...“. Die gemeinsame Arbeit führt zum Erfolg.

„Der Graben wand sich als schwarzer Spalt wie lebendig dahin.

Da ist sie, die kollektive Arbeit, – sagt, Ogniew mit zitternder Stimme. – Wenn wir nur könnten, wenn wir darangingen ... könnten wir Berge versetzen ...“.

Panfjorow ist ein besonderer Erzähler. Seine Naturbeschreibungen sind ebenso eindrucksvoll wie die Darstellung des Lebens der Landbewohner.

„Auf den Tennen starteten die übriggebliebenen Halme des vorjährigen Heus wie mit einer spöttischen Geste in die Luft, finster blickten die Scheunen, und unter dem Dünger glotzte gelbliches Grün hervor. An den Hängen des Brennesselgrundes glucksten und brausten die Frühlingswasser die Wasserrisse der Schluchten entlang ...“.

Panfjorow soll das Buch als Wohnungsloser im Büro geschrieben haben, es war ein Erfolg.

So wundert es nicht, dass es 1933 bei den Bücherverbrennungen der Nazis auf den Scheiterhaufen kam.

## Ilja Ehrenburg

Der erste sowjetische Schriftstellerkongress 1934 verkündete den „Sozialistischen Realismus“. Das klingt positiv, war aber von einer Regelwut bestimmt. Im „Sozialismus“ gibt es nichts Negatives, die Realität ist gut! Sie musste positiv beschrieben werden. Verstöße wurden geahndet, das konnte tödlich sein. Nach Stalins Tod gab es beim zweiten Schriftstellerkongress 1954 eine Öffnung – als „Tauwetter“ bezeichnet. *Tauwetter* heißt der Roman von Ilja Ehrenburg, er gab der Öffnungsperiode seinen Namen.

Der Roman erzählt eine Liebesgeschichte, von der Arbeit in einem Werk, von der Versetzung eines bürokratischen Fabrikdirektors und diskutiert dabei an Beispielen aus Literatur und Malerei die Öffnung der Kulturszene.

Bei einer Leserkonferenz – offensichtlich ein Bestandteil der Kulturszene – fallen die Äußerungen: „Vermutlich war es dem Autor darum zu tun, auf billige Art Spannung hineinzubringen. In Wirklichkeit sind unsere Sowjetmenschen doch innerlich viel sauberer, viel ernsthafter. Subzows Liebe hingegen scheint mir mechanisch aus den Werken bürgerlicher Schriftsteller auf die Seiten eines sowjetischen Romans übertragen zu sein.“

Die Kritik an der Malerei lautet: „Niemand streitet der Landschaftsmalerei die Daseinsberechtigung ab. Was aber zeigt uns Saburow? Auf seinem Bild sehen wir ein Haus aus unserer Arbeitersiedlung. Warum hat er es so wenig ansprechend gemalt? Das ist kein Zufall, Genossen, denn hier haben wir es mit dem offenen Bestreben zu tun, unsere Wirklichkeit zu diffamieren.“ Dagegen wird „Puchows wunderbares Bild“ gesetzt, „das der glücklichen Kindheit unserer Kleinen gewidmet ist. Puchow schneidet jedes Jahr die Probleme an, die uns auf den Nägeln brennen und die

in unseren führenden Zeitungen diskutiert werden.“ Nun aber tritt Tauwetter ein.

Der Begriff „Tauwetter“ steht im Roman, als frische Frühlingsluft, die durch eine Lüftungsklappe dringt. „Wera, endlich haben wir Tauwetter ...“.

Ilja Ehrenburgs (1891-1962) ist außerordentlich vielfältig. Über die Kulturszene in Russland und der Sowjetunion kann mensch in seiner Autobiographie *Menschen – Jahre – Leben* viel erfahren. Die große Zahl seiner Kontakte und seiner Betrachtungen ist verblüffend.

Meine Auswahl ist subjektiv, aber ich hoffe, dass ich Neugierde geweckt habe. Es gibt noch viel zu entdecken! ■

\* Fortsetzung und Schluss des gleichnamigen Artikels aus *Avanti*<sup>2</sup> Nr. 141. Ursprünglich ist dieser Text erschienen in der Rhein-Neckar Beilage zur *Avanti* von November 2017.]



Barbara Schulz bei Bad Frankenhausen, 5.6.2016.

# Faschisten provozieren am 8. Mai Protest gegen Naziaufmarsch in Weinheim

H. S.

Einmal mehr sind Neonazis der NPD Rhein-Neckar gemeinsam mit der „Kameradschaft Zweibrücken“ am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation des Hitlerregimes 1945 in Weinheim aufmarschiert. Sie wollten am faschistischen Kriegerdenkmal ihrer „Helden“ gedenken.

Nachdem der Aufmarsch im Vorfeld bekannt geworden war, protestierten ca. 600 Menschen vor dem Kriegerdenkmal gegen die Nazi-Provokation. Es gab dabei unterschiedliche Aktionsformen.

Das überparteiliche Weinheimer Bündnis „Weinheim bleibt bunt!“ organisierte unter dem Motto „Mit Kunst und Kultur gegen Hass und Hetze“ eine Gegenkundgebung mit vielen Reden und Musikbeiträgen.

Vor allem die Mannheimer und die Heidelberger Antifa stellten sich den insgesamt 18 Nazis direkt in den Weg. Trotz eines Großaufgebots der Polizei erzwangen sie mit einer Straßenblockade zumindest eine andere Demoroute des Nazihäufleins.

Erfreulich war, dass das Bündnis „Weinheim bleibt bunt!“ und die Antifa-Gruppen auch diesmal kooperierten. Es ist deshalb nicht zu gegenseitigen Distanzierungen gekommen, wie dies früher schon mehrmals passiert war. Schließlich braucht es eine breite antifaschistische Front aller demokratischen Kräfte, die sich den neuen Faschisten und dem Rechtsruck der aktuellen Politik entgegenstellen.



Kundgebung gegen Nazi-Provokation in Weinheim, 8. Mai 2026. Foto: H. S.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MO, 01.06.2026, 19:30 Uhr, Film „Die Töne kommen oft daher, wo der Schmerz ist“, Cinema Quadrat, K 1,2, MA
- MI, 10.06.2026, 19 Uhr, „Wohnungsnot in Brasilien und hier“, Raum Loderer, Gewerkschaftshaus, MA
- MI, 10.06.2026, 19 Uhr, „Zufluchtsort Mannheim?“, Autorenlesung und Gespräch, Lobby des NTM-Werkhauses, Mozartstr. 9, MA
- DO, 11.06.2026, 15 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, IGM-Konferenzraum, Gewerkschaftshaus, MA
- SAM/SO, 13.-14.06.2026, Ökosozialistische Konferenz, Köln
- SO, 14.06.2026, 10:30 Uhr, Kundgebung und Demo „Gegen den Veteranentag – gegen Krieg, Militarisation und Held:innenverehrung“, Toulonplatz, MA
- FR 19.06.26, 18 Uhr, Vernissage Ausstellung zum zeichnerischen Werk von Hans Reffert, Rudolf-Scharpf-Galerie, Hemshofstraße 54, LU
- FR, 19.06.26, 19 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SAM, 27.06.2026, 09:30 Uhr, Demo „Stopp Air Base Ramstein“, Ramstein
- SAM, 27.06.2026, 11:00 Uhr, Zwischenstation Bahnhof Ramstein-Miesenbach
- SO, 28.06.2026, 15 Uhr, 8. Kulturfest „Bunte Vielfalt statt völkischer Einfalt“, Schillerplatz, MA

#### Vorschau

- SAM, 18.-25.07.2026, Internationales antikapitalistisches Sommercamp, Süd-deutschland
- SO, 02.08.2026, 13 Uhr, Sommerseminar der ISO-Rhein-Neckar, MA
- SO, 02.08.2026, 19 Uhr, Sommerfest der ISO-Rhein-Neckar, MA



Impressum:  
ISO Rhein-Neckar  
VlSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)

Netz: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)  
Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)  
Instagram: [www.instagram.com/isorheinneckar](https://www.instagram.com/isorheinneckar)

